

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 78 (2007)
Heft: 4

Artikel: Zukunftstrends bei staatlichen Systemen der
Langzeitpflegefinanzierung : mehr ambulante Pflege, grössere
Einkommensschwelen, höhere Kosten
Autor: Rizzi, Elisabeth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-805027>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zukunftstrends bei staatlichen Systemen der Langzeitpflegefinanzierung

Mehr ambulante Pflege, grössere Einkommensschwellen, höhere Kosten

■ Elisabeth Rizzi

Selbst in Nationen mit einem umfassenden Langzeitpflegesystem betragen heute die Ausgaben nicht mehr als 10 bis 20 Prozent der gesamten Gesundheitskosten. Doch alle OECD-Staaten sind in den nächsten Jahren mit einem starken Altersanstieg ihrer Bevölkerung konfrontiert.

Keine Populationsgruppe wächst schneller als diejenige der Hochaltrigen. Prognosen der OECD zeigen, dass sich deshalb die Ausgaben für die Langzeitpflege bis 2050 proportional zum Bruttoinlandprodukt verdoppeln könnten. Zudem wachsen die allgemeinen Erwartungen an Langzeitpflegeangeboten zu guter Qualität und vertretbarem Preis. In den meisten Ländern finden deshalb Bemühungen zu einer Neuorganisation der Langzeitpflege-Finanzierung statt. Die Autoren der von der OECD herausgegebenen Studie «Long-Term Care for Older People» stellen hierbei verschiedene Trends fest.

Rolle des Staates wird wichtiger

Grundsätzlich beobachten sie zunehmend mehr allgemeine öffentliche Dienstleistungen für Langzeitpflege. Das heisst: Die Rolle des Staates wird wichtiger. Mehrere Länder haben im letzten Jahrzehnt ihre bislang uneinheitliche Distribution von Dienstleistungen über verschiedene Amtsstellen und die intransparente Finanzierung durch eine einheitliche Lösung ersetzt.

Allgemein gehen die Anstrengungen in die Richtung, alte Menschen so lange wie nur irgend möglich zu Hause leben zu lassen. Hierzu wird eine Vielzahl von Unterstützungsdiensten angeboten. In vielen Ländern wurden die öffentlichen Investitionen erhöht, um Hauspflegeservice auszubauen. Zusätzlich wurden in vielen OECD-Staaten Barleistungs-Programme im Sinn von Assistenzbudgets entwickelt, um pflegeabhängigen Personen mehr Wahlfreiheit bei der Betreuung zu gewähren. Im gleichen Zug hat auch das staatliche Engagement zur Qualitätsverbesserung der Langzeitpflege zugenommen.

Die Umsetzung der staatlichen Pflegesysteme ist allerdings innerhalb der OECD höchst unterschiedlich. Einige Länder haben die Finanzierung der Langzeitpflege mit einer Sozialversicherung geregelt. Allen voran ist dies Deutschland. Daneben haben auch Japan, Luxemburg und die Niederlande ein Pflegeversicherungs-System eingeführt. In anderen Ländern, wie beispielsweise Norwegen, wurden dagegen umfassende steuerbasierte Serviceleistungen aufgebaut. Demgegenüber ist die Berechnung des Leistungsbezugs in Ländern wie Australien oder Grossbritannien stark einkommensbasiert, mit dem Ziel, die drohende Kostenexplosion einzudämmen.

Die unterschiedliche Höhe der Ausgaben für die Langzeitpflege hängt laut den Autoren wesentlich von der Grosszügigkeit des entsprechenden staat-

lichen Förderprogramms ab. Die unterschiedliche Struktur der Pflegefinanzierungssysteme in den einzelnen Ländern führt dagegen nicht zu unterschiedlichen Kostenstrukturen. In den meisten Nationen betragen die Ausgaben für die Langzeitpflege zwischen 0,5 und 1,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes (vergleiche auch Artikel S. 38). Umgekehrt unterscheiden sich die Altersstrukturen in Ländern mit ähnlichem Kostenanteil an der Langzeitpflege stark voneinander (siehe Grafik).

Möglichst lange zu Hause

Unabhängig von der Ausgestaltung eines öffentlichen Langzeitpflegesystems lassen sich gemeinsame strukturelle Veränderungen innerhalb der Länder beobachten. So haben erstens in allen Ländern mit einem für alle zugänglichen Langzeitpflege-System, Sozialhilfeleistungen zur Deckung von privat nicht tragbaren Lücken bei der Langzeitpflegefinanzierung abgenommen.

Zweitens haben die Regierungen eine Vielzahl von Strategien entwickelt, um das Risiko einer nicht zu managenden Kostenexplosion der öffentlichen Langzeitpflege-Programme zu beschränken. Diese beinhalten Selbstbehalte, Abschaffung des Giesskannenprinzips und Bemühungen, Pflegebedürftigkeit im Alter zu vermeiden oder so lange wie möglich hinauszuzögern. Drittens wird überall nach Einführung eines umfassenden staatlichen Lang-

zeitpflegeprogramms versucht, die Zahl der institutionellen Pflegeplätze für Betagte zu stabilisieren oder gar zu senken.

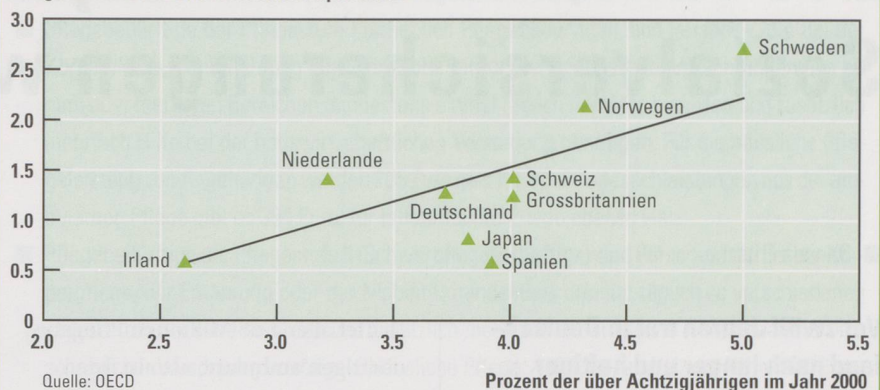
In allen Ländern, mit Ausnahme der Schweiz und Spaniens, ist übers Ganze gesehen die öffentliche Hand der tragende Pfeiler bei der Finanzierung der Langzeitpflege. Bei den Kosten für einen Aufenthalt im Pflegeheim werden die Betagten allerdings teilweise kräftig zur Kasse gebeten. In Ländern wie Australien, Deutschland, Neuseeland, Grossbritannien oder den USA beträgt der Selbstkostenanteil bis zu 40 Prozent. In allen Ländern, auch solchen mit einem umfassenden staatlichen Pflegefinanzierungsprogramm, bleibt somit die finanzielle Selbstbeteiligung der Betagten substantiell. Allerdings ist hier ein Wandel zu beobachten von festen prozentualen Anteilen hin zu einkommensabhängigen Beiträgen.

Markt für private Versicherer

In Bezug auf die erfolgte Einführung von Pflegeversicherungssystemen stellen die Autoren der Studie verschiedene Merkmale für die Funktionsfähigkeit fest. Sowohl das Modell von Deutschland wie auch jenes von Österreich, Luxemburg und Japan basiert auf Beiträgen von Erwerbstätigen und Senioren. Aber keines der Versicherungssysteme büdet die volle Last den Erwerbstätigen auf: Alle verlangen sie ebenfalls Beiträge von den Betagten. Ausser in Deutschland ist zudem ein substantieller Kostenanteil über allgemeine Steuern auf die ganze Bevölkerung verteilt. Alle Versicherungssysteme stützen sich auf bereits existierende Dienstleistungsanbieter wie Krankenversicherer oder Sozialdienste. Zudem wird festgestellt, dass die Entwicklung eines umfassenden öffentlichen Versicherungssystems keinesfalls die Nutzung von privaten Versicherungen schmälert. In Deutschland ist seit der Einführung der

Ausgaben für Langzeitpflege und Bevölkerungsanteil der über Achtzigjährigen

Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandproduktes



Pflegeversicherung der Markt für freiwillige private Pflegeversicherungen sogar stark angewachsen; auf inzwischen rund 500 000 Versicherungsnehmer. Die Autoren rechnen damit, dass die privaten Versicherungen künftig weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden, um Risiken abzudecken, deren Folgen nicht vom öffentlichen Pflegesystem bezahlt werden.

Angehörige am wichtigsten

Für die Zukunft wird in allen westlichen Staaten der weitere Ausbau von ausserinstitutionellen Pflegeangeboten als essenziell erachtet. Angesichts des in jedem Fall zu erwartenden Anstiegs der Pflegekosten sehen die Autoren der von der europäischen Kommission für Arbeit und soziale Angelegenheiten herausgegebenen «European Study of Long-Term Care Expenditure» Effizienz als wichtigen Faktor für Langzeitpflegesysteme. Effizienz könne bis zu einem gewissen Mass die Kostenexplosion beschränken. Mehr Effizienz könne erreicht werden durch eine engere Anbindung von Angeboten an Bedürfnisse.

Die Autoren dieser Untersuchung rechnen damit, dass weiterhin die Pflege durch Angehörige die wichtigste Unterstützungsquelle für Betagte sein

wird. Allerdings gehen sie von einer Abnahme in allen Ländern aus. Dies stehe in Zusammenhang mit einer sinkenden Anzahl von Betagten, die im gleichen Haushalt leben wie ihre Kinder. Zudem nehme das Pflegepotenzial von Frauen parallel mit ihrer steigenden Berufstätigkeit ab. Das heisst auch, dass umgekehrt der Bedarf an professioneller Pflege überall steigen wird. Dabei werden Leistungen wie Hauspflege und Tagespflege besonders wichtig werden.

In steuerbasierten staatlichen Pflegesystemen steht zu erwarten, dass mit einer Leistungseinschränkung und einer stärkeren Fokussierung auf die schwächsten und abhängigsten Betagten auf die drohende Kostenexplosion reagiert wird. Zudem dürfte nach Ansicht der OECD-Experten eine stärkere Bemessung der Hilfgelder nach klaren Anrechnungsstufen stattfinden. Und schliesslich dürften einkommensabhängige Schwellen als Mittel für eine Zugangsbeschränkung des Leistungsbezugs genutzt werden. ■

Literatur:

Comas-Herrera, Adelina und Raphael Wittenberg (2003): «European Study of Long-Term Care Expenditure». Report to the European Commission, Employment and Social Affairs DG. Grant number VS/2001/0272. PSSRU Discussion Paper 1840.

OECD (2005): «Long-Term Care for Older People». OECD-Publishing. ISBN 92-64-00848-9